

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Redaktionsort: Tagesblatt Riesa.
Jahrgang Nr. 20.

Postfachnummer: Leipzig 2100A.
Stadtkasse Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 68.

Montag, 24. März 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, durch unsere Zeiger frei Haus oder bei Abholung am Posthalter vierteljährlich 4.20 Mark, monatlich 1.40 Mark. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags auszugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschreibzeile (7 Silben) 35 Pf., Ortspreis 30 Pf.; jeitragender und inbedruckter Satz 50%, Ausschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf., feste Tarife. **Bewilligter Rabatt** erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontrakt gerät. **Zahlungs- und Erfüllungsort:** Riesa. **Wichtigste Unterhaltungsbeilage** „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Rotationsdruck und Verlag:** R. Anger & Winterlich, Riesa. **Verantwortlich für Redaktion:** Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Das Garn.-Rdo. führen ab 22. 3. 1919 die S.-Räte **Nich. Schürich** und **Alfred Wettermann**. S.-Rat **Arno Gause** scheidet unterm 22. 3. 19 aus.
Arbeiter- und Soldatenrat Riesa.
ora.: **H. Oberilia.** ora.: **R. Becker.**

im Saale des **Sachsenhofes** in Großenhain statt, und werden die Herren Kirchenpatrone, die Kirchengemeinden, ihre Herren Geistlichen und Kirchenvorstände auch noch hierdurch zu derselben eingeladen.
Superintendentur Großenhain, am 24. März 1919.
Fiebig.

Mietzinsauszahlung für Kriegerfrauen

erfolgt am **26. März** vormittags 9-10 Uhr in der hiesigen Stadthauptkassa.
Der Rat der Stadt Riesa, den 24. März 1919.

Die diesjährige

Diözese-Versammlung

der Eparchie Großenhain findet

Montag, den **31. März** a. c., vorm. 9 Uhr

Zur Lage.

Die Vorgänge in Ungarn. In einem Aufruf der ungarischen Arbeiterpartei an Lenin heißt es: Die Partei der Sozialdemokraten hat sich auf den Standpunkt der Kommunisten gestellt. Die ungarische Arbeiterpartei erbittet sich ein Bündnis und Trugbündnis der russischen Sowjetregierung. Die Waffen in der Hand, bieten wir sämtlichen Feinden des Proletariats Krieg und bitten um sofortige Mitteilung über die militärische Lage. — Wegen 9 Uhr traf die Antwort Lenins ein, in der es heißt: Ihre Volkspartei habe ich in diesem Augenblick dem Kongress der Kommunistenpartei des bolschewistischen Russlands mitgeteilt. Sie wurde mit unendlicher Begeisterung aufgenommen. Um die Verhältnisse des Proletariats in Ungarn und ebenso den Bericht über die militärische Lage mitzuteilen, ist es unbedingt notwendig, zwischen Budapest und Moskau eine schnelle drahtlose Verbindung aufrechtzuerhalten. — Den Wählern zufolge wurden sämtliche Geldinstitute Budapests von den Kommunisten militärisch besetzt. Die Budapest-Filiale der Oesterreichisch-Ungarischen Bank ist angeblich von Truppen der Entente besetzt. Da in der Nachbarschaft von Budapest über 15 000 Mann Entente-Truppen stehen, ist mit ernstlichen Kämpfen zu rechnen. — Das Volkskommissariat für Meerwesen gibt die Bildung des ersten internationalen Roten Flottenregiments bekannt. — Ein von der Sowjetregierung ausgerüstetes 70 000 Mann starkes Meerbolschewistik-Regiment ist angeblich in der Gegend von Varna auf dem Wege nach Budapest. — Die Kommunisten in Budapest wenden sich in einem Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt. Sie fordern die Beseitigung jeglichen Großkapitals, Großgrundbesitzes, Imperialismus. Der Regierungsrat organisiert eine mächtige Proletariatsarmee, die derjenigen von Russland ein Waffenbündnis anbieten wollen. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs werden aufgefordert, mit Paris zu brechen und sich mit Moskau zu verbinden. In Budapest herrscht vollkommene Ordnung. Das Waffenverbot wurde ausgedehnt und die Uebertretung mit 5-jähriger Zuchthausstrafe bedroht. Abschaffung von Rang und Titel, Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung aller Zwangsarbeiten für kirchliche und konfessionelle Zwecke wurde beschlossen. Die Wahlen für die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte werden vorbereitet. Der erste Revolutionsgerichtshof mit dem Sitz in Budapest wurde sofort errichtet. Der Revolutionäre regierende Rat wies die Volkskommissare an, Vorschläge über die Sozialisierung der Betriebe in kürzester Zeit dem Räte vorzulegen. — Die Arbeiterräte Deutschlands werden mit Rücksicht auf die vollständige Abhängigkeit Deutschlands von den Lebensmittellieferungen der Verbündeten der Aufforderung der ungarischen Genossen, sich gleichfalls mit der russischen Sowjetregierung zu verbinden, vorläufig nicht folgen, jedoch für alle Fälle weiter rühen und den bereits eingeleiteten Ausbau der Räteorganisation schleunig weiterführen. — In einer Proklamation Karlovs heißt es: Die zwingende Gewalt der Verhältnisse erfordert einen neuen Kurs. Die Produktionsordnung kann nur dann gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht übernimmt. Wegen der drohenden Anarchie in der Produktion ist auch die außerpolitische Lage Ungarns kritisch. Die ferneren Besetzungen des Landes durch die Entente verfolgen offenbar den Zweck, das Ungarn zum Aufmarsch- und Operationsgebiet gegenüber der an der rumänischen Grenze kämpfenden russischen Sowjetarmee zu machen. Das uns geratene Land aber soll der Sold der rumänischen und tschechischen Truppen werden, durch die man die russische Sowjetarmee niederringen will. Ich als provisorischer Präsident der ungarischen Volksrepublik wende mich gegenüber der Pariser Friedenskonferenz an das Proletariat der Welt um Unterstützung.

Massenproteste. Im Circus Dutsch in Berlin fand am Sonntag eine außerordentlich stark besuchte Protestversammlung gegen die Zurückführung Deutschlands statt. In einer im Sportpalast abgehaltenen Protestversammlung führte Reichsminister Erzberger unter anderem aus: Die Polen stehen den Weg der brutalen Gewalt vor. Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens schließt das Betreten von Danzig und Weichsel durch die Polen aus. Das deutsche Volk kann und wird einen Frieden, der mit der Annexion von Danzig und Westpreußen und eines Teiles von Oberschlesien befreit wird, nicht unterzeichnen. Was dann kommt, dafür überlassen wir die Verantwortung einzig und allein der Entente. Wir fordern sofortige Herausgabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen, sofortige Aufhebung der Hungerblockade und sofortige Räumung der besetzten Gebiete. Deutschland kann nur dann seinen Verpflichtungen nachkommen, wenn es völlige Bewegungsfreiheit besitzt. Nach Schluß der Versammlung begab sich ein Teil der Besucher in geschlossenen Mägen nach dem Reichskanzlerbau, um dort die gestohlenen Entschuldigungen zu übergeben. Der Vizepräsident des Reichsministers, Reichsminister Schiffer, hielt darauf von einem Fenster des Reichskanzlerbau aus eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Da in unseren Zeiten keine Regierung Kraft hat, die sich nicht auf die Seele des Volkes, so hat jede Regierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, der Seele des Volkes in den höchsten Dingen

nachzugehen und nachzuleben, und so wollen wir in demselben Geiste handeln, wie Sie ihn verkündet haben in Ihren Worten. Wir haben einen guten Grund, einen festen Boden, das ist der Boden des Rechtes. Ich hoffe, was Sie in Ihren Entschuldigungen gesagt haben, in wenigen Worten zusammen: „Wir Deutsche müssen deutsch bleiben!“ (Stärkliches Bravo.) — In Danzig fand eine mächtige Kundgebung des deutschen Bürgertums statt, an der schätzungsweise 80 000 Personen teilnahmen und bei der Anreden gehalten wurden, in denen der Wille des Deutschen zu Danzig betont wurde. — Bei Kundgebungen von Tausenden schleswig-holsteinischer Männer und Frauen für die Jugendhilfe zu Deutschland wurden Entschuldigungen gefordert, in denen Proteste gegen jegliche Abtrennung schleswig-holsteinischer Gebiete an Dänemark erhoben wird.

Die Schadenersatzansprüche der Feinde. Nach letzten Neumeldungen haben die Rudimente der Ententeschadenersatzansprüche die Ansprüche für die Wiedergutmachungen auf acht Milliarden Pfund (160 Milliarden Mark) herabgesetzt, die mit Jänen, auf 40 Jahre verteilt, 16 Milliarden Pfund Sterling (320 Milliarden Mark) betragen. — Die militärischen und maritimen Bedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, sind endgültig festgelegt. Die deutsche Armee soll aus höchstens sieben Divisionen Infanterie und drei Divisionen Kavallerie, zusammen 100 000 Mann bestehen. Das Offizierskorps darf 4000 nicht übersteigen. Veteranenvereine, Turnvereine und andere Organisationen, in denen militärische Übungen abgehalten werden, sind verboten. Alle Festungen innerhalb einer Strecke von 15 Meilen vom Rhein werden zerstört. Schwere Artillerie ist verboten. Die Marine darf aus sechs Schlachtschiffen der Deutschland- oder Schlesien-Klasse, sechs leichten Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedobooten bestehen. Das Personal der Marine wird auf 15 000 Mann mit Einschluß von 1500 Offizieren beschränkt. Bau von neuen U-Booten ist verboten. Die Besatzungen, die die Jagd auf U-Boote betreiben, werden gestrichelt. Militärische und maritime Luftfahrzeuge sind nicht gestattet außer hundert Wasserflugzeugen bis zum 1. Oktober zur Vernichtung von Minen.

Reichsminister Gotheim Reichsfinanzminister. Der „Telegraphen-Union“ wird mitgeteilt: Der Reichsminister Gotheim hat die Geschäfte des Reichsfinanzministers übernommen. Die Reichsregierung hat in holländischen Häfen liegenden deutschen Dampfer und Segelschiffe — es sind nicht weniger als 84 Stück — soll Lebensmittel nach Europa bringen. **Im Generalkommissariat der Republik in Straßburg** ist Müllerand ernannt worden.

Vorbereitung von Bürgerschaften. Eine in Bremerhaven stattfindende Versammlung der Seelen aller Grade beschloß, die Lebensmittellieferungen ohne Bürgerschaften nicht ausführen zu lassen. Nach der Versammlung veranstalteten die Teilnehmer vor dem Gebäude des Norddeutschen Lloyd eine Kundgebung gegen die Ausfahrt der Schiffe ohne Bürgerschaften.

Eine gemeinsame Konferenz des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der Kontrollkommission und der Fraktion fand in Weimar statt. Spätestens am Donnerstag soll ein Parteitag stattfinden. Scheidemann äußerte sich zu den Vorgängen in Ungarn und meinte, auch ein von der Entente anerkanntes Deutschland würde reif für den Bolschewismus sein. In einer Entschuldigung wird gefordert, daß Bestimmungen zu treffen seien über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeiterverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Weiter seien Bezirksarbeiter- und ein Reichsarbeiterrat vorzuschlagen.

Eine Erklärung des Prinzen Max von Baden. Zur Veröffentlichung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg gab Prinz Max von Baden folgende Erklärung ab: Ich nehme an, daß der Generalfeldmarschall über bestimmte Vorgänge nicht unterrichtet worden ist, welche die Befestigung vom 9. November: „Der Kaiser und König hat sich entschlossen dem Thron zu entsagen“, veranlassen und rechtfertigen. Ich werde die erforderlichen Erklärungen persönlich, sobald der Frieden geschlossen, vorher nicht. Denn die Veröffentlichung der Parteipresse über die Vorgänge ist in unserer heutigen Lage ein Beginnen, an dem ich mich nicht beteiligen möchte. Dagegen werde ich jederzeit bereit sein, wenn die Regierung eine unparteiische Untersuchung einleitet, und vor der alle Personen, die während des Krieges in verantwortlicher Stellung waren, zu Worte kommen.

Eine Rede Lenins. Lenin hielt auf dem Kongress der kommunistischen Partei in Moskau eine Rede, in der er sich gegen die von Bukharin vorgeschlagene Formel der Selbstbestimmung der arbeitenden Klasse wandte, da diese Formel die Arbeiterklasse im Ausland gegen den Bolschewismus einnehmen könnte. Der Kommunismus könne nicht mit Gewalt verbreitet werden. Von besonderer Wichtigkeit sei die Lösung der Frage der bürgerlichen Facharbeiter. Um diese Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen, müsse man gewisse Opfer bringen und den Facharbeitern eine gute Existenzmöglichkeit bieten. Der Kampf mit der Bourgeoisie könne nur dadurch zu einem guten Ende geführt werden, daß die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehme.

Verkauf von Ställen.

Die beim **Bion-Batt.** 22 hinter der Scheinwerfer-Kaserne vorhandenen Kleinviehstallanlagen, bestehend aus großem Fühnerstall, Taubenhaus, einer Anzahl Kaninchenställe nebst allem Zubehör einschl. Dolzumngung, soll meistbietend verkauft werden. Abbau durch den Käufer.

Anlage kann am **26. und 27. von 10-12 Uhr** vormittags besichtigt werden. Angebote mit Aufschrift „Kleinviehstall“ bis **29. 3. 19** erbeten nach **Bion-Kaserne B, Zimmer 89.**

Endlich wies Lenin darauf hin, daß die hauptsächlichsten Aufgaben der russischen kommunistischen Partei darin bestehen, die Rote Armee nach sozialistischen Gesichtspunkten zu organisieren und durch Feldzüge ihr Werk zu vollenden. **Bündnis Polens mit der Entente.** Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten im polnischen Landtage nahm einstimmig einen Antrag auf Abschluß eines Bündnisses mit der Entente an. **Uebertritt französischer Truppen zur Bolschewisten-Armee.** Aus Belgien wird telegraphiert: Nach einer angeblich zuverlässigen Petersburger Privatmeldung sind 3000 Mann französischer Truppen in Odesa zu den Bolschewisten übergegangen. Einen Teil davon habe man in Moskau unter den bolschewistischen Truppen beobachtet.

Die Grenzen von Polen. Laut „Agence Havas“ meldet der „Temps“, daß der Ausschuss zur Festlegung der Grenzen von Polen auf Lloyd Georges Verlangen die Frage abermals geprüft habe, aber zu demselben Ergebnis gekommen sei. Der polnische Staat werde 25 Millionen Einwohner haben, darunter 8 Millionen Deutsche, die meisten davon in dem Gebiet von Marienwerder und Rosenberg. Westpreußen, auf welches Lloyd George als stark von Deutschen bevölkert hingewiesen habe, könne aber nicht von Polen getrennt werden, da die Eisenbahnen Warschau — Ostke hindurchführten. Im Besitz dieses Gebietes würde Preußen den Durchgangsverkehr auf der Weichsel völlig unterbinden können.

Ausbau der Reichslohnwirtschaft. Nachdem die Nationalversammlung das Sozialistengesetz und das Rohnengesetz beschlossen hat, wird ein von den verschiedenen beteiligten Berufsständen gebildeter Sachverständigenrat in Gemeinschaft mit den Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden zu beraten haben, wie die Reichslohnwirtschaft im einzelnen zweckmäßig auszubauen ist. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber des Handels, der Verbraucherkasse usw. sind bereits aufgefordert worden, ihre Vertreter auszuwählen und zu benennen. Sobald dies erfolgt ist, werden die Sachverständigen zu einer eingehenden Beratung zusammenberufen werden, die voraussichtlich am 14. April beginnen werden. Inzwischen werden die vom Sachverständigenrat vorgelegten Vorschläge ausgearbeitet werden.

Vertikales und Sächliches.

Riesa, den 24. März 1919.

* **Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung** des Stadterordneten-Kollegiums am Dienstag, den 25. März 1919, nachm. 5 Uhr. 1. Beitritt zum Verein „Sächsl. Taubstummenheim Zwickau in Sachsen“. 2. Gewährung eines Jahresbeitrages von 50 Mk. an das Rettungswesen mit Brüderanstalt Moritzburg. 3. Erneuerung des Buses und des Antriebs im Heizraum der Knabenschule. 4. Verwendung des Sparkassenreingewinns vom Jahre 1917. 5. Nachtrag zur Feuerlöschordnung. — Berichterstatter Herr Stadtd. W. Schneider. — 6. Erhöhung der Stundenlöhne für die Lehr- und Schreivertrauen in den Schulen und Uebernahme des Mehraufwandes an der Schulkasse. — Berichterstatter: Herr Stadtd. Weikler. — 7. Antrag auf Aufstellung einer Wohnungsordnung und Einrichtung einer Wohnungskontrolle. 8. Bewilligung von Voranschlägen auf Feuerungskosten an die Stadt, Beamten und Angestellten, die Lehrer am Realprogymnasium und die Lehrer an drei Volksschulen. — Berichterstatter: Herr Stadtd. Wende. — 9. Einführung der Allgemeinen Volksschule. — Berichterstatter: Herr Stadtd. Günther. — 10. Bestimmungen über den Fachauschuss für das Fortbildungsschulwesen betr. — Berichterstatter: Herr Stadtd. Günther. — 11. Berechnung der Kosten für die letzten 3 Wahlen. 12. Änderung der Ordnung für das Einigungsamt der Stadt Riesa. 13. Umwandlung des von der Stadt Grimmitzschau aufgenommenen kurzfristigen Darlehens in ein langfristiges. — Berichterstatter: Herr Vizevorsteher Romberg. — 14. Ausgabe von Kleingeldscheinen. — Berichterstatter: Herr Stadtd. Sander. — 15. Bewilligung von Kosten für Erneuerung eines Hauses im Krankenhaus. 16. Mitteilungen.

* **Männergesangsverein „Orpheus“.** Durch Konzert mit anschließendem Ball begann am Sonnabendabend der Männergesangsverein „Orpheus“ im Hotel Höpner die Feier seines 10-jährigen Bestehens. Die Vortragsordnung war entworfen nach dem Gesichtspunkte, daß sie handlungsförmig von Frömmigkeit, Glück und Schmerz, von Frühlingsglanz und Wanderlust. In diesem Sinne waren die Vorträge gedanklich gut gewählt. Gesungen wurden die Capella-Gebete „Harte des Herrn“ und „Abendfeier“, ferner „Frühlingsglaube“ und „An die Mädchen“. An früheren Chorwerken wurden geboten Max Bruchs „Himmelsweiser“, „Normannenzug“ für Bariton solo, Chor und Orchester, wobei der Bariton Herr Dork Krause ein schönes Können zeigte und einen sehr sympathischen Eindruck hinterließ, ferner Carl Goldmarks „Schweizer Chor „Frühlingslied“ für Männerchor und Orchester. Die Wiedergabe der Chöre berechtigt zu der Erwartung, daß die Aufwärtsbewegung der Chorleistungen des Vereins, die vor dem Kriege schon sehr hellen war, auch für die Zukunft zu erhoffen ist. An stimmlicher und musikalischer Befähigung fehlt es jedenfalls nicht.